



Mittwoch, 15. April 2026, 14:00 Uhr
~8 Minuten Lesezeit

Nutznießler des Abschwungs

Inflation leert die Taschen der Bevölkerung, doch spült Geld in die Staatskassen.

von Günther Burbach

Bild: Collage mit Foto von Shutterstock.com (RomanR, Ronald Rampsch)

Es beginnt nicht mit einer Steuererhöhung. Es gibt keine große politische Debatte, keinen Beschluss, keine

Schlagzeile, die offen verkündet: Die Belastung der Bürger steigt. Stattdessen passiert es leise. Die Preise klettern Stück für Stück: erst Energie, dann Lebensmittel, dann Mobilität. Was sich im Alltag wie eine Kette einzelner Verteuerungen anfühlt, folgt in Wirklichkeit einer übergreifenden Dynamik. Und diese Dynamik hat eine zweite Seite, über die deutlich seltener gesprochen wird: Während für viele Haushalte die Ausgaben steigen, steigen gleichzeitig auch die Einnahmen des Staates. Das ist kein politischer Zufall und auch kein kurzfristiger Effekt. Es ist ein struktureller Mechanismus, der tief im Steuersystem verankert ist. Denn ein großer Teil staatlicher Einnahmen hängt direkt oder indirekt von Preisen ab. Und wenn Preise steigen, wächst automatisch auch der Anteil, den der Staat erhält, ohne dass ein Gesetz geändert werden muss.

Das sichtbarste Beispiel ist die Mehrwertsteuer. Sie wird prozentual erhoben. Steigt der Preis eines Produkts, steigt automatisch auch der Steueranteil. Ein Liter Kraftstoff, der teurer wird, bringt dem Staat nicht nur die festen Energiesteuern, sondern auch eine höhere Mehrwertsteuer ein. Dasselbe gilt für Lebensmittel, Dienstleistungen, Konsumgüter. Inflation wirkt hier wie ein Multiplikator. Für den Verbraucher bedeutet das: Er zahlt mehr, nicht nur für das Produkt selbst, sondern auch für die Steuer, die daran gekoppelt ist.

Diese Kopplung wird im Alltag selten bewusst wahrgenommen. Wer an der Tankstelle steht oder im Supermarkt einkauft, sieht den Endpreis. Wie viel davon tatsächlich beim Staat landet, bleibt

abstrakt. Doch hier entsteht die Verschiebung. Der Staat wird zum stillen Mitverdiener steigender Preise.

Ein zweiter, weniger offensichtlicher Mechanismus ist die sogenannte kalte Progression. Wenn Löhne steigen, um die Inflation auszugleichen, rutschen viele Beschäftigte in höhere Steuerstufen. Formal verdienen sie mehr, tatsächlich bleibt ihre Kaufkraft aber oft gleich oder sinkt sogar.

Der Staat hingegen profitiert, weil ein größerer Teil des Einkommens besteuert wird. Dieser Effekt ist besonders tückisch, weil er kaum sichtbar ist. Es gibt keine separate Abrechnung, keinen Hinweis, der darauf aufmerksam macht. Die Steuerlast steigt schleichend, eingebettet in eine Entwicklung, die auf den ersten Blick wie eine normale Anpassung wirkt.

So entsteht ein System, in dem steigende Preise doppelt wirken: Sie erhöhen die Ausgaben der Bürger und gleichzeitig die Einnahmen des Staates. Diese Kopplung ist kein Geheimnis, aber sie wird selten in ihrer Gesamtheit betrachtet. Stattdessen werden Preissteigerungen oft isoliert diskutiert, als Folge von Marktbewegungen, Energiepolitik oder internationalen Krisen. Doch die entscheidende Frage lautet: Was passiert auf der Einnahmenseite? Gerade in Zeiten stark steigender Energiepreise wird dieser Zusammenhang besonders deutlich. Wenn Kraftstoffe teurer werden, erhöht sich automatisch der Steueranteil. Gleichzeitig steigen die Kosten für Transport, Produktion und Dienstleistungen, was wiederum zu höheren Endpreisen führt und damit erneut zu höheren Steuereinnahmen.

Diese Kettenreaktion hat reale Auswirkungen auf den Alltag der Menschen. Für viele Haushalte bedeutet sie eine schleichende Verschlechterung der finanziellen Situation. Was früher kalkulierbar war, wird unsicher. Rücklagen werden aufgebraucht, Ausgaben

verschoben, Lebensstandards angepasst. Der Begriff „Inflation“ beschreibt dabei nur die Oberfläche eines Prozesses, der tiefer reicht. Denn Inflation ist nicht nur ein wirtschaftliches Phänomen. Sie ist auch ein Verteilungsmechanismus.

Wer über Vermögen verfügt, kann Preissteigerungen oft besser abfedern. Sachwerte gewinnen an Wert, Kapital passt sich an, Investitionen bieten Schutz. Wer hingegen von laufendem Einkommen lebt, spürt die Auswirkungen unmittelbar. Steigende Preise treffen ihn direkt, ohne Ausweichmöglichkeiten.

In diesem Spannungsfeld entsteht eine Verschiebung, die selten offen benannt wird. Während die Belastung für viele steigt, verbessert sich gleichzeitig die Einnahmesituation des Staates. Diese Entwicklung ist nicht das Ergebnis einer einzelnen Entscheidung, sondern die Folge eines Systems, das so konstruiert ist, dass es auf Preissteigerungen reagiert und davon profitiert. Die politische Dimension dieser Entwicklung liegt nicht in einer aktiven Entscheidung, sondern im Ausbleiben einer Korrektur. Ein System, das automatisch Mehreinnahmen generiert, wenn die Belastung für die Bürger steigt, wirft zwangsläufig die Frage auf, wie damit umgegangen wird. Werden diese Mehreinnahmen zurückgegeben? Werden sie zur Entlastung genutzt? Oder bleiben sie Teil eines Mechanismus, der im Hintergrund weiterläuft?

Diese Fragen sind nicht theoretisch. Sie betreffen den Kern dessen, was viele Menschen im Alltag erleben. Steigende Preise sind nicht nur eine wirtschaftliche Größe, sondern eine soziale Realität. Sie entscheiden darüber, wie viel vom Einkommen am Ende übrigbleibt, wie stabil ein Haushalt ist und wie viel Spielraum für unerwartete Ausgaben bleibt. Der Begriff „unsichtbarer Steuerstaat“ beschreibt genau diesen Zusammenhang. Es geht nicht um neue Steuern, sondern um bestehende Strukturen, die in Zeiten steigender Preise ihre Wirkung entfalten. Es geht um ein System, das Einnahmen

generiert, ohne dass dies im Mittelpunkt der politischen Debatte steht. Und es geht um die Frage, ob diese Entwicklung bewusst gesteuert wird oder ob sie schlicht hingenommen wird, weil sie funktioniert. Die Antwort darauf ist weniger eindeutig, als es auf den ersten Blick scheint. Denn der Mechanismus selbst ist kein Geheimnis. Er ist bekannt, beschrieben und analysiert. Doch seine Wirkung entfaltet sich leise, eingebettet in eine Vielzahl einzelner Entwicklungen, die jeweils für sich genommen plausibel erscheinen. Genau darin liegt seine Stärke.

Wenn Inflation tatsächlich mehr ist als nur ein Preissignal, sondern zugleich ein Mechanismus, der staatliche Einnahmen beeinflusst, dann stellt sich zwangsläufig die Frage: Wie wird politisch damit umgegangen? Nicht abstrakt, nicht theoretisch, sondern ganz konkret. Denn an einem Punkt wird die Analyse zur Entscheidung. Zunächst muss man festhalten: Der Staat ist kein monolithischer Akteur mit einer einheitlichen Strategie. Einnahmen steigen nicht deshalb, weil „der Staat“ bewusst darauf hinarbeitet, sondern weil das System so konstruiert ist, dass es auf Preisbewegungen reagiert. Darin liegt jedoch das Problem: Ein Mechanismus, der automatisch wirkt, entzieht sich der unmittelbaren politischen Kontrolle, es sei denn, diese Kontrolle wird aktiv ausgeübt. Und hier wird es interessant. Denn es gibt Möglichkeiten, diese Effekte zu begrenzen oder zumindest abzufedern. Die kalte Progression kann ausgeglichen werden, indem Steuertarife angepasst werden.

Indirekte Steuern könnten temporär gesenkt werden, um Preisspitzen abzufangen. Transferleistungen könnten gezielter auf steigende Lebenshaltungskosten reagieren. All das ist politisch möglich. Es erfordert keine grundlegende Systemveränderung, sondern lediglich den Willen zur Anpassung.

Doch diese Anpassung erfolgt nicht automatisch. In der Praxis zeigt sich häufig ein anderes Bild: Maßnahmen werden punktuell

ergriffen, zeitlich begrenzt und oft erst dann, wenn der öffentliche Druck bereits deutlich gestiegen ist. Entlastungen kommen, aber sie kommen verzögert. Und sie sind selten so strukturiert, dass sie die zugrunde liegenden Mechanismen dauerhaft verändern.

Das führt zu einer Situation, in der kurzfristige Korrekturen langfristige Effekte überdecken. Preisbremsen, Einmalzahlungen oder Zuschüsse können akute Belastungen mildern. Sie greifen jedoch nicht in die Struktur ein, die diese Belastungen überhaupt erst verstärkt. Der Mechanismus bleibt bestehen, auch wenn seine Auswirkungen zeitweise abgefedert werden. Diese Art der Politik hat eine eigene Logik. Sie reagiert, statt zu gestalten. Sie dämpft Symptome, statt Ursachen zu verändern. Und sie vermeidet grundlegende Eingriffe in ein System, das auf eine bestimmte Weise funktioniert, auch wenn diese Funktionsweise in einigen Situationen zu problematischen Ergebnissen führt.

Ein weiterer Punkt, der in der Debatte oft untergeht, ist die Frage der Transparenz. Wenn staatliche Einnahmen durch Preissteigerungen steigen, stellt sich die Frage, wie sichtbar dieser Effekt eigentlich ist. Wird er offen kommuniziert? Wird er politisch eingeordnet? Oder bleibt er Teil eines komplexen Geflechts aus Zahlen und Haushaltspositionen, das für Außenstehende schwer nachvollziehbar ist?

Die Erfahrung zeigt, dass Letzteres häufig der Fall ist. Haushaltszahlen sind komplex, Steuerstrukturen ebenso. Die Verbindung zwischen Inflation und Einnahmen ist zwar bekannt, wird aber selten in einer Weise dargestellt, die ihre Bedeutung für den Alltag der Menschen unmittelbar deutlich macht. Dadurch entsteht eine Lücke zwischen wirtschaftlicher Realität und politischer Wahrnehmung. Diese Lücke hat Konsequenzen. Wenn steigende Einnahmen nicht als solche wahrgenommen werden, entsteht auch kein unmittelbarer Druck, sie zu thematisieren oder zu korrigieren. Gleichzeitig wird die Belastung auf der

Ausgabenseite sehr wohl wahrgenommen, an der Tankstelle, im Supermarkt, bei der Miete. Diese Asymmetrie führt zu einem Ungleichgewicht in der öffentlichen Debatte.

Ein weiterer Aspekt betrifft die Verteilung der Effekte. Nicht alle Haushalte sind in gleicher Weise von Inflation betroffen. Während einige steigende Preise besser abfedern können, geraten andere schneller an ihre Grenzen. Gerade bei indirekten Steuern wirkt dieser Unterschied besonders stark, weil sie unabhängig vom Einkommen erhoben werden. Wer einen größeren Teil seines Einkommens für Konsum aufwendet, ist stärker betroffen. Das bedeutet: Die Kombination aus steigenden Preisen und prozentual erhobenen Steuern kann bestehende Unterschiede verstärken. Diese Wirkung ist nicht neu, aber sie gewinnt in Phasen erhöhter Inflation an Bedeutung. Vor diesem Hintergrund stellt sich eine grundlegende Frage: Reicht es aus, auf bestehende Instrumente zu vertrauen, oder braucht es eine aktivere Gestaltung der Rahmenbedingungen?

Eine mögliche Antwort liegt in der systematischen Überprüfung der Mechanismen selbst. Wenn bestimmte Effekte regelmäßig auftreten, etwa steigende Einnahmen bei steigenden Preisen, könnte man darüber nachdenken, diese Effekte automatisch auszugleichen. Denkbar wären Mechanismen, die bei bestimmten Entwicklungen greifen und für eine Anpassung sorgen, ohne dass jedes Mal eine politische Entscheidung notwendig ist. Eine andere Möglichkeit besteht darin, die bestehenden Instrumente konsequenter zu nutzen.

Steueranpassungen könnten schneller erfolgen, Entlastungen zielgerichteter ausgestaltet werden, Transparenz könnte erhöht werden. Auch das würde keine grundlegende Systemänderung erfordern, sondern eine andere Prioritätensetzung. Doch all diese Optionen setzen eines voraus: die Bereitschaft, den Zusammenhang zwischen Inflation und staatlichen Einnahmen nicht nur zur

Kenntnis zu nehmen, sondern aktiv zu thematisieren. Genau daran fehlt es oft. Die Debatte über Inflation konzentriert sich häufig auf Ursachen und Folgen im engeren Sinne: Energiepreise, Lieferketten, Zinspolitik. Der fiskalische Effekt bleibt dabei im Hintergrund. Er ist bekannt, aber selten im Zentrum der Diskussion. Dadurch entsteht der Eindruck, dass steigende Preise ausschließlich ein Problem der Ausgabenseite sind und nicht auch eine Veränderung auf der Einnahmenseite bewirken. Diese Perspektive greift zu kurz.

Denn ein vollständiges Bild entsteht erst, wenn beide Seiten betrachtet werden: die Belastung der Haushalte und die Entwicklung der staatlichen Einnahmen. Erst dann lässt sich beurteilen, wie ausgewogen ein System tatsächlich ist und ob Anpassungen notwendig sind. Am Ende läuft die Diskussion auf eine einfache, aber zentrale Frage hinaus: Wie viel Automatismus verträgt ein System, das direkt in die Lebensrealität der Menschen eingreift? Ein System, das in bestimmten Situationen automatisch zu höheren Einnahmen führt, kann stabil sein. Es kann aber auch Spannungen erzeugen, wenn diese Entwicklung nicht durch entsprechende Maßnahmen begleitet wird. Die Herausforderung besteht darin, diese Balance zu finden, zwischen Stabilität und Anpassung, zwischen Einnahmen und Entlastung.

Inflation ist dabei nicht nur ein wirtschaftlicher Begriff, sondern ein Prüfstein. Sie zeigt, wie ein System reagiert, wenn sich Rahmenbedingungen verändern. Und sie zeigt, ob diese Reaktion als gerecht empfunden wird. Denn genau das entscheidet am Ende darüber, wie tragfähig ein System ist: nicht nur in Zahlen, sondern im Alltag der Menschen, die in ihm leben.



Günther Burbach, Jahrgang 1963, ist Informatikkaufmann, Publizist und Buchautor. Nach einer eigenen Kolumne in einer Wochenzeitung arbeitete er in der Redaktion der Funke Mediengruppe. Er veröffentlichte vier Bücher mit Schwerpunkt auf Künstlicher Intelligenz sowie deutscher Innen- und Außenpolitik. In seinen Texten verbindet er technisches Verständnis mit gesellschaftspolitischem Blick — immer mit dem Ziel, Debatten anzustoßen und den Blick für das Wesentliche zu schärfen.